

KRISENREGIONEN IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN
STRUKTURERHALTUNG, UMSTRUKTURIERUNG, EXOGENEM
UND ENDOGENEM KRISENMANAGEMENT

Das Beispiel der „Stahlstadt“ Sulzbach-Rosenberg¹⁾

Mit 5 Abbildungen und 2 Tabellen

REINHARD WIESSNER

Summary: Crisis regions affected by preservation of structure and restructuring, by exogenous and endogenous crisis management: the case of the "Steel Town", Sulzbach-Rosenberg

In the course of the present economic structural changes, it is above all the old industrial regions that are threatened and affected by structural crises. Precipitating the danger of progressive destabilization, dramatic crises arise when dominant large-scale enterprises collapse. Regional political counter-measures for tackling such crisis situations can be differentiated as two ideal-typical strategies: one, striving to preserve the traditional structures, and the other, and more promising one, aiming at regional restructuring, which requires a greater measure of engagement of endogenous forces.

On the basis of a study of the case of the "Steel Town" of Sulzbach-Rosenberg, processes of spatial development setting in after the collapse of Maxhütte, the chief local employer, are empirically re-enacted. They focus on mechanisms and effects of the crisis management, as well as situations of actions and reactions by employees and small businesses who or which were affected by the crisis, the latter part being conducted in microanalytical detail. The result was that, thanks to measures taken by the crisis management and individual initiatives of those affected, it was possible to achieve considerable success in the stabilization of endogenous potentials. Essential components in the successful tackling of the crisis were on the one hand the energetic engagement and the initiative of the endogenous forces, together with purposeful efforts for regional restructuring and, on the other hand, the partial preservation of Maxhütte and the material support of redundant older employees through state transfer benefits.

Although the manner of the successful handling of the crisis at Sulzbach-Rosenberg cannot simply be transferred to other crisis regions, considering their different circumstances, the information gained from the study of the case permits strategic elements and systems-goals to be identified and stressed, which seem in principle to be particularly well suited to contribute to the solution of crises of regional structure.

1 Arbeitsmarktkrisen, regionale Strukturkrisen und Strategien der Krisenbewältigung

Regionale Strukturkrisen haben ihren Ausgangspunkt in aller Regel in Erschütterungen auf regiona-

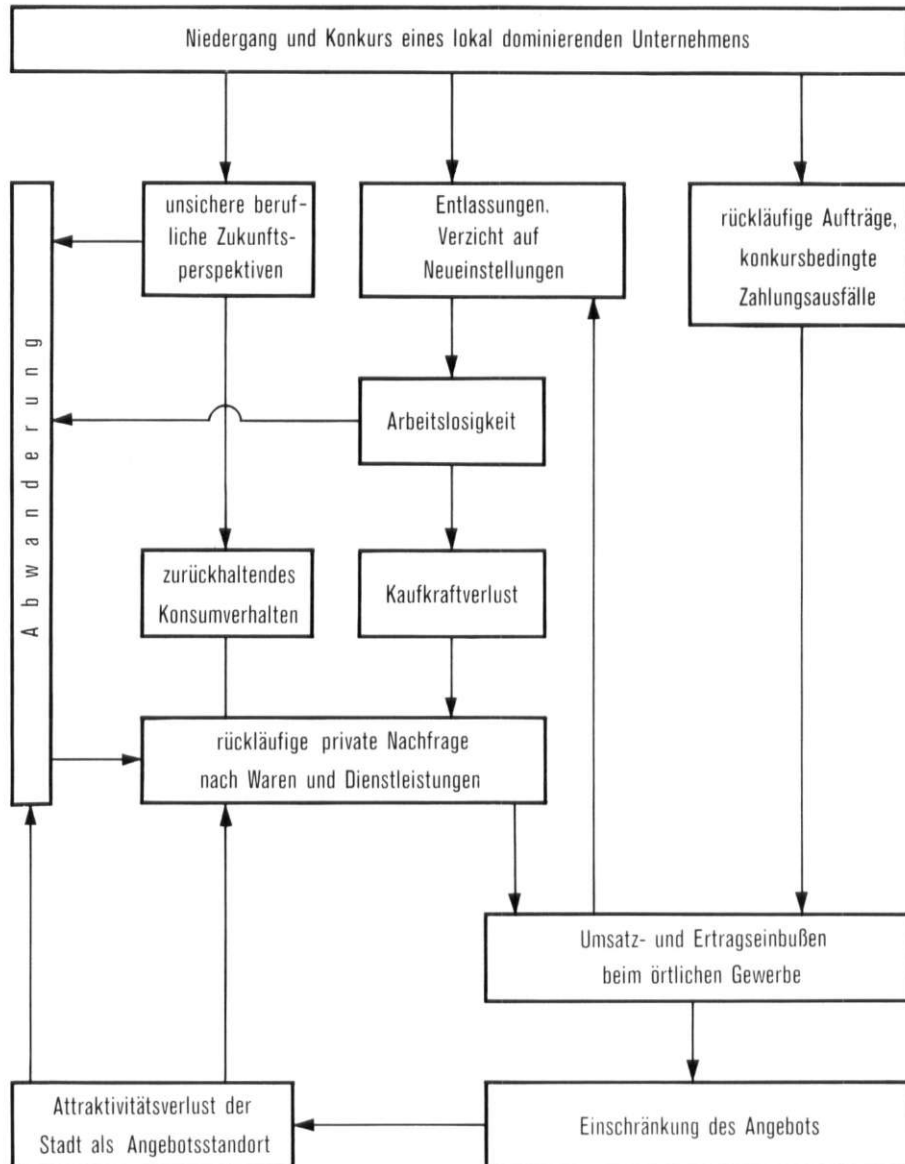
len Arbeitsmärkten. Von Strukturkrisen bedroht und häufig betroffen sind unter den Bedingungen des derzeitigen ökonomischen Strukturwandels vor allem altindustrialisierte Regionen, deren Wirtschaftsstruktur von Branchen geprägt wird, die in der Abschwungphase ihres Produktlebenszyklus stehen bzw. der Konkurrenz aus Niedriglohnländern nicht mehr standhalten können (vgl. DIETZ 1988, S. 121 ff.; BUTZIN 1990, S. 209). Besonders gefährdet sind Regionen, in denen darüber hinaus einzelne Großunternehmen den Arbeitsmarkt beherrschen.

Dramatische Krisen entstehen in derartigen Regionen, wenn dominierende Großunternehmen zusammenbrechen. Gerade das unvermittelte Auftreten solcher Arbeitsmarktkatastrophen beeinträchtigt die Chancen eines allmählichen Strukturwandels erheblich. Folgt man den Gedanken MYRDALS (1974, S. 25 ff.) in seinen Theorien zur zirkulären und kumulativen Verursachung räumlicher Probleme, so besteht in derartigen Krisensituationen die Gefahr einer fortschreitenden Destabilisierung weiter Bereiche der regionalen Sozial- und Wirtschaftsstruktur: die Gefahr, daß der primäre negative Effekt der Arbeitsmarktkrise andere Negativentwicklungen auslöst und über zirkuläre Prozesse der Verstärkung zu einer zunehmenden Schädigung endogener Potentiale führt. In Anlehnung an MYRDALS theoretisches Beispiel einer durch einen Brand vernichteten Fabrik eines lokal dominanten Arbeitgebers sei in Abb. 1 die potentielle Ausbildung und Vernetzung derartiger *circuli vitiosi* in wesentlichen Aspekten dargestellt.

Konkrete Beobachtungen in einer Reihe von Krisenregionen belegen solche Tendenzen als reale Folgen von Arbeitsmarktproblemen. In vieler Hinsicht übereinstimmend berichten diesbezügliche Studien²⁾

¹⁾ Der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebührt der herzlichste Dank für die großzügige Förderung dieser Studie.

²⁾ Vgl. z. B. Studien über Industrieräume in Nord-England und Schottland (DIETERICH-BUCHWALD u. a. 1988, S. 28 ff.; WILD/SPOONER 1991, S. 4 ff.), Lothringen und Saarland (REITEL 1989, S. 561) und das Ruhrgebiet (BUTZIN 1987a, S. 304 ff.; WIELAND 1990, S. 65 ff.) sowie aktuelle Berichte über Industriereviere der neuen Bundesländer.



Entwurf: R. Wießner 1990

Abb. 1: Mögliche Auswirkungen des Niedergangs eines lokal dominierenden Unternehmens
Potential consequences of the decline of a locally dominating plant

über einen Bevölkerungsrückgang, eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Ausbildung von sozialen Problemräumen, rückläufige Entwicklungen in Handel und Gewerbe bis hin zu Formen des baulichen Stadtverfalls.

Eine fortschreitende Destabilisierung muß jedoch keineswegs zwangsläufig einer Arbeitsmarktkrise folgen. So weist auch MYRDAL (1974, S. 36 u. 48 ff.) dar-

auf hin, daß Gegenkräfte existieren oder initiiert werden können, die Negativentwicklungen begrenzen und eine Regeneration begünstigen. Zu denken ist zunächst an regionalpolitische Maßnahmen, die sich generalisierend zwei unterschiedlichen strategischen Konzepten zuordnen lassen:

– Zum einen handelt es sich um Strategien, die die von Krisensymptomen erfaßten ökonomischen

Strukturen aus unterschiedlichen Motiven zu erhalten versuchen, v. a. mittels der Subventionierung notleidender Unternehmen bzw. Branchen.

Solche Strategien der *Konservierung traditioneller Strukturen* können, wie die Beispiele der norddeutschen Werften (vgl. KERN u. SCHUMANN 1984, S. 305 ff.) oder der Subventionswettbewerb um die Erhaltung der westeuropäischen Stahlindustrie (vgl. WIENERT 1985) in der Vergangenheit gezeigt haben, als weitgehend gescheitert erkannt werden. Hoffnungen auf eine Stabilisierung der krisenbetroffenen Branchen haben sich nicht erfüllt, der Niedergang konnte nur verzögert werden. Rechtfertigen läßt sich eine Erhaltungsstrategie allenfalls damit, daß die Dramatik des wirtschaftlichen und sozialen Desasters vorübergehend entschärft werden kann. Zukunftsweisende Strukturen für die Regionen werden jedoch nicht geschaffen.

- Demgegenüber versuchen andere Konzepte eine *Umstrukturierung* in Krisenregionen anzustreben. Der Rückzug alteingessener Branchen wird dabei in Kauf genommen.

Neben das arbeitsmarktpolitische Ziel einer Diversifizierung der Strukturen durch die Neuansiedlung von Unternehmen, möglichst aus Wachstumsbranchen, treten in solchen Konzepten weitergehende Planungen, die die Innovationsförderung und den Ausbau der technischen, sozialen und Dienstleistungs-Infrastruktur betreffen. Im Hinblick auf die Verbesserung „weicher“ Standortfaktoren kommt ferner der baulichen und ökologischen Erneuerung Bedeutung zu, begleitet von anderen Anstrengungen zur Erhöhung des Images der Region, das in altindustrialisierten Gebieten häufig mit negativen Symbolen besetzt ist.

Bisherige Erfahrungen zeigen, daß Konzepte der regionalen Umstrukturierung in einer Reihe von Krisenregionen nach Phasen der Destabilisierung zu durchaus beachtenswerten Erfolgen geführt haben³⁾. Von einer erfolgreichen Umstrukturierung kann allerdings nur bedingt die Rede sein. So wird zwar jeweils von einem Anstieg der Arbeitsplätze in bestimmten Bereichen berichtet, häufig im Dienstleistungssektor. Der Zuwachs kann aber die Verluste

in den bislang dominierenden Industriebranchen noch keineswegs ausgleichen. Nur unzureichend gelingt es im allgemeinen, Unternehmen aus Wachstumsbranchen anzuziehen.

Dies verdeutlicht, daß einer Umstrukturierung in altindustrialisierten Krisenregionen erhebliche Hindernisse im Wege stehen, die nicht selten in der Persistenz regionaler Strukturen ihre Begründung finden. So stehen z. B. dem Strukturwandel im Ruhrgebiet nach wie vor ein nicht entscheidend verbessertes Image, die tradierte Machtstellung der alten Konzerne im regionalen Kräftefeld sowie manche „mentale Altlast“ des Subventions- und Anspruchsdenkens entgegen (vgl. BUTZIN 1987a, S. 304 u. 1987b, S. 207; BRONNY 1988, S. 5 u. 9). Umgekehrt bedeutet das, daß es zur Bewältigung regionaler Strukturkrisen nicht allein auf angemessene regionalpolitische Konzepte exogener, v. a. staatlicher Institutionen ankommen kann, sondern daß ein nicht zu unterschätzender Schlüssel auch im endogenen Bereich liegt. Weitaus weniger als staatliche Institutionen werden endogene Kräfte allerdings auf finanzielle Ressourcen zurückgreifen können. Ihre Potentiale sind vielmehr in Kategorien wie Engagement, Kreativität und planerischer Weitsicht zu fassen und zu messen.

Um Konzepte zur Lösung regionaler Strukturkrisen verfeinern zu können, erscheint es sinnvoll und erforderlich, Mechanismen und Effekte des Krisenmanagements sowie Handlungssituationen und Reaktionen krisenbetroffener Akteure auf der Basis von Fallstudien eingehend zu analysieren. Die folgenden Ausführungen sollen hierzu einen Beitrag leisten.

2 Fallbeispiel Sulzbach-Rosenberg

Der Ausgangspunkt der Fallstudie, über die hier berichtet wird (vgl. WIESSNER 1991), besteht in einer Arbeitsmarktkatastrophe im ländlichen Raum Bayerns: dem Niedergang der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte (Maxhütte), des einstmals größten Industrieunternehmens in der altindustrialisierten Region der Mittleren Oberpfalz. Mit ehemals mehr als 8000 Arbeitsplätzen prägte das Unternehmen die Struktur der Arbeitsmärkte im Bereich der Hauptwerke Sulzbach-Rosenberg und Maxhütte-Haidhof sowie der Erzgrube in Auerbach. An den Unternehmensstandorten und in den umliegenden Gemeinden war durchschnittlich jeder vierte bis fünfte Arbeitnehmer bei der Maxhütte beschäftigt (vgl. Abb. 2). Bereits der Niedergang der Hütte seit Mitte der 70er

³⁾ Als Beispiele seien die industrielle Neustrukturierung im Saarland (WEBER 1986, S. 85 f.), der Aufstieg der schottischen Metropole Glasgow als Dienstleistungs- und Kulturzentrum (DIETERICH-BUCHWALD u. a. 1988) sowie die vielfältigen Initiativen zur Revitalisierung im Ruhrgebiet genannt (u. a. MAYR 1988, S. 97 ff.; GANSER 1988; ARING u. a. 1989, S. 57 ff.).

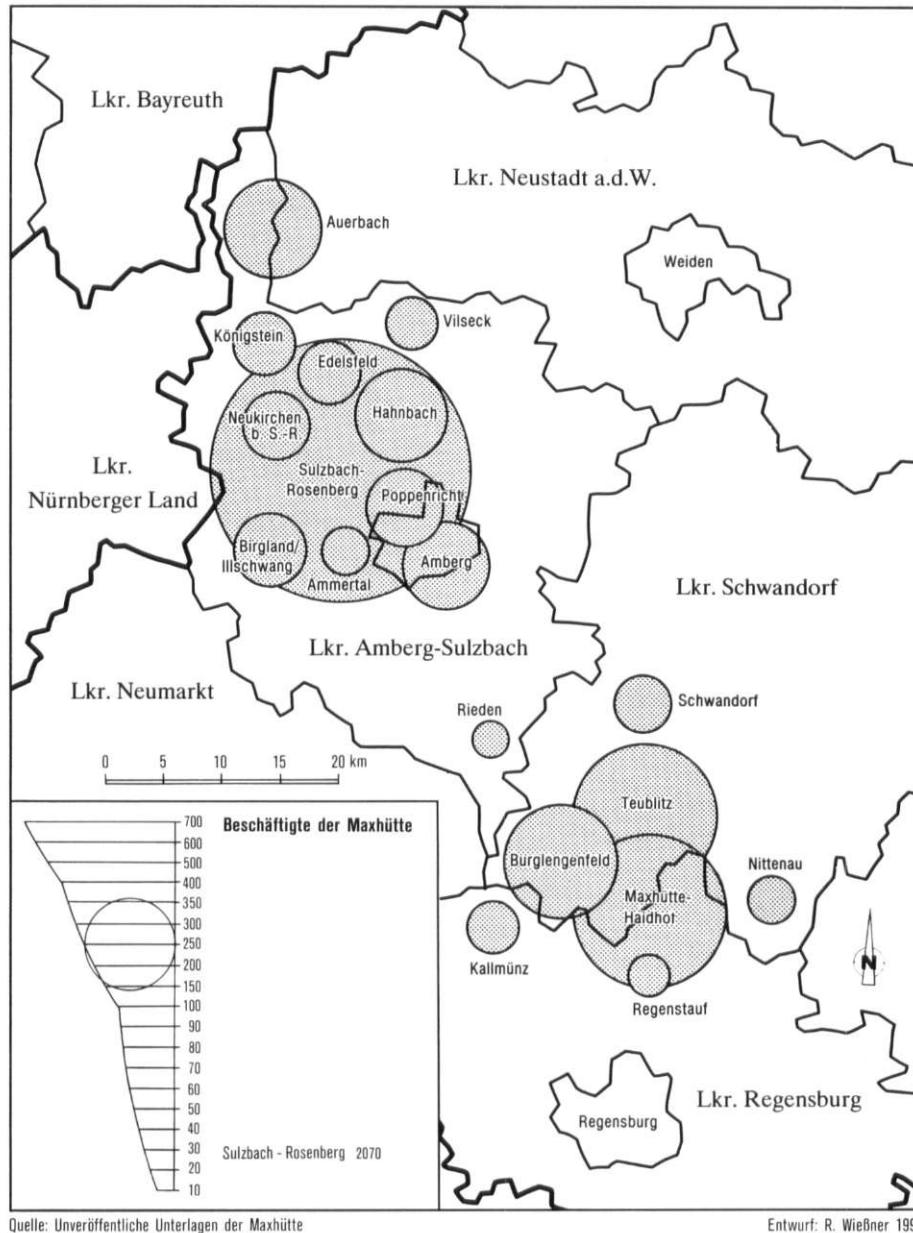


Abb. 2: Wohngemeinden der Beschäftigten der Maxhütte 1983 an den Unternehmensstandorten Sulzbach-Rosenberg, Maxhütte-Haidhof und Auerbach

Places of residence of Maxhütte employees, 1983

Jahre führte trotz wiederholter Erhaltungssubventionen zu einem stetigen Rückgang der Beschäftigtenzahl auf knapp 4400 bis zum April 1987 (s. Abb. 3). In jenem Monat mußte die Maxhütte schließlich Konkurs anmelden. Der Konkurs ließ die Stilllegung des Unternehmens und in der Konsequenz eine tiefgreifende ökonomische und soziale Destabilisierung der Region befürchten.

In seiner quantitativen Dimension gewiß weniger spektakulär als Strukturkrisen in industriellen Ballungsräumen, stellt das Fallbeispiel in qualitativer Hinsicht – um das vorwegzunehmen – ein wertvolles Positivbeispiel für einen relativ erfolgversprechenden Weg der Krisenbewältigung dar.

Die Ausführungen konzentrieren sich im folgenden auf Prozesse der Raumentwicklung nach dem

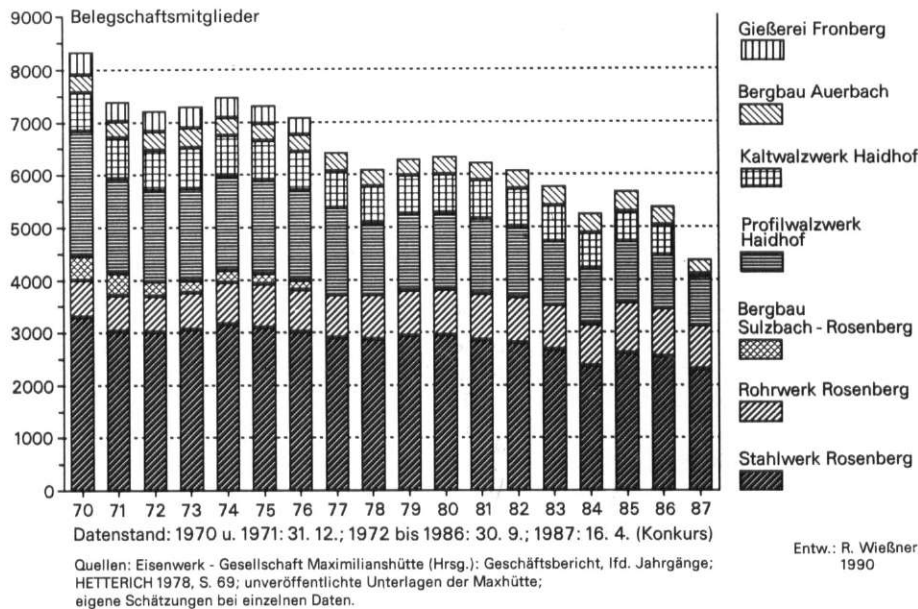


Abb. 3: Entwicklung der Belegschaft in den Oberpfälzer Betrieben der Maxhütte 1970-1987
Development of the staff of Maxhütte plants in the Oberpfalz, 1970-1987

Konkurs der Maxhütte, unter engem Bezug auf Maßnahmen des Krisenmanagements:

- Zunächst werden Initiativen und Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation dargestellt und diskutiert.
- In mikroanalytischer Vertiefung werden Raumentwicklung und Krisenmanagement anschließend aus der Perspektive von Betroffenen der Krise betrachtet und beurteilt. Im Mittelpunkt steht die Analyse von Handlungssituationen krisenbetroffener Arbeitnehmer und Gewerbetreibender. Im einzelnen ergeben sich dabei differenzierte Erkenntnisse über typische Krisenfolgen und Problemlagen, über Handlungschancen und Reaktionen der Betroffenen sowie schließlich über die Effizienz der ergriffenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung.

Räumlich beschränkt sich die Analyse auf die Kleinstadt Sulzbach-Rosenberg (18 000 Einwohner), wo die Maxhütte noch im Konkursmonat mit gut 3100 Beschäftigten über mehr als ein Drittel aller örtlichen Arbeitsplätze verfügte. Die empirischen Ergebnisse basieren auf *Primärerhebungen*, die 1988 und 1989 in Sulzbach-Rosenberg durchgeführt worden sind:

- eine Gewerbeerhebung im Bereich des privatwirtschaftlichen Segments des lokalen Arbeitsmarkts (190 Interviews), in der 92% aller größeren Betriebe mit 14 und mehr Beschäftigten sowie 83%

der in einer 33,3%-Stichprobe ausgewählten kleineren Betriebe erfaßt wurden;

- eine Haushaltsbefragung (514 Interviews mit separaten Angaben für einzelne Haushaltsmitglieder), die bei einem Rücklauf von 77% rund 10% der erwerbsfähigen Bevölkerung repräsentiert;
- Leitfadengespräche mit krisenbetroffenen Personen (44 Gespräche) und Expertengespräche.

3 Maßnahmen zur Überwindung der Krisensituation

3.1 Teilerhaltung der Maxhütte

Die gespannte Lage nach dem Konkurs der Maxhütte beruhigte sich zunächst dadurch, daß das Unternehmen, von der damals positiven konjunkturellen Entwicklung begünstigt, unter Konkursverwaltung weiterproduzieren konnte und der Großteil der Belegschaft vorerst weiterbeschäftigt wurde. Im Konkurs entlassene Arbeitnehmer bekamen Abfindungen. Die sog. *Altsozialpläner*, ältere arbeitslose ehemalige Maxhüttler, die vor dem Konkurs über Sozialpläne ausscheiden mußten, erhielten einen neuen Sozialplan, der ihnen rund 80% des letzten Nettoverdienstes (gegenüber bislang 92%) als laufendes Einkommen bis zur Wiedererwerbstätigkeit bzw. bis zum Altersruhestand garantierte.

Nach mehr als einem Jahr zeichnete sich mit der „Auffanglösung“ für die Maxhütte ein zentraler Bestandteil des Krisenmanagements in Sulzbach-Rosenberg ab⁴⁾. Es wurden *Auffanggesellschaften* gegründet, die die Maxhütte i. K. dann im Juli 1990 übernommen haben. Dabei wurde die lange geforderte Beteiligung des Freistaats Bayern in Form einer Minderheitsbeteiligung von 45% Realität. Die übrigen Anteile halten zu gleichen Teilen fünf Großkonzerne der deutschen Stahlindustrie. Nach dem *Strukturkonzept* wurde nach der Erzgrube in Auerbach auch der Standort Maxhütte-Haidhof aufgelassen. Erhalten blieben die Betriebe in Sulzbach-Rosenberg: das Stahlwerk bei erheblicher Reduzierung der Produktion und das Rohrwerk. Damit verbunden war ein drastischer *Abbau der Belegschaft* auf rund 1600 Arbeitskräfte, der bereits im Herbst 1988 konkretisiert wurde:

- Ein *Sozialplan*, aus Bundes- und Landesmitteln finanziert, sichert rund 1200 Arbeitnehmern, die ab dem 52. Lebensjahr (!) ausscheiden (sog. *Neusozialpläner*), bis zum 60. Lebensjahr ein Einkommen von zunächst 84% des bisherigen Nettoverdienstes.
- Beschäftigte aus den Jahrgängen 1939 und 1940 wurden in eine *Beschäftigungsgesellschaft* übernommen, aus der sie mit Vollendung des 52. Lebensjahres mit einer sozialplanähnlichen Versorgung ausscheiden.
- Weitere Arbeitnehmer wurden mit Abfindungen ausgestellt.

3.2 Maßnahmen zur räumlichen Umstrukturierung

Die Ereignisse um die Maxhütte haben den regionalen Entscheidungsträgern nicht nur ihre Abhängigkeit von exogenen Kräften vor Augen geführt, sie haben gleichzeitig eine Reihe endogener Initiativen entstehen lassen, die die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel hatten.

Außergewöhnliche Anstrengungen unternahm die Stadt Sulzbach-Rosenberg zur *Neuansiedlung von Gewerbebetrieben*. Schon vor, erheblich forciert aber nach dem Konkurs wurden Industriegebiete erschlossen und umfangreiche Maßnahmen zur Anwerbung von Betrieben unternommen. Innerhalb der Stadtverwaltung verschaffte man sich ein gediegenes Know-how über Möglichkeiten der Investitionsförderung.

⁴⁾ Die weiteren Ausführungen in Abschn. 3 stützen sich auf Expertengespräche, Unterlagen der Stadt Sulzbach-Rosenberg und der Maxhütte sowie Berichte in der Tagespresse (s. WIESSNER 1991, S. 85 ff.).

Ansiedlungswillige Unternehmer konnten auf diese Weise qualifiziert beraten und betreut werden. Im Ergebnis wurden von 1985 bis 1991 rund 1000 neue Arbeitsplätze in unterschiedlichen Branchen durch mittelständische Betriebe geschaffen, die größtenteils aus dem benachbarten Nürnberger Raum stammen.

Auch im Dienstleistungssektor sind Erfolge zu konstatieren. Durch den Übergang auf regionale Träger konnten zwei wirtschaftsorientierte Einrichtungen erhalten werden, mit denen sich Hoffnungen verbinden, sowohl den technologischen Standard regionaler Unternehmen als auch die Chancen für die Neuansiedlung leistungsfähiger Betriebe verbessern zu können: das *Berufsbildungszentrum* der Maxhütte und das *Forschungszentrum*. Zukünftig soll die Funktion des Bildungszentrums als überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsstätte für Firmen der Region erweitert werden. Das Forschungsinstitut soll zu einem Innovations- und Technologiezentrum ausgebaut werden. Die regionalen Lösungskonzepte bildeten wiederum die Voraussetzung dafür, Zuwendungen aus Landesmitteln für erforderliche Investitionen zu erhalten.

Neue Arbeitsplätze wurden im Zuge einer staatlichen *Behördenansiedlung* mit der Errichtung eines Standorts der Bereitschaftspolizei geschaffen. Die Gründe für die Standortwahl lagen ursprünglich auch in der Bedarfssituation im Zusammenhang mit den Konflikten um die Wiederaufarbeitungsanlage im nahen Wackersdorf. Nachdem dieser Standortfaktor obsolet geworden ist, fällt die Personalstärke zwar niedriger aus als geplant. Mit 220 Stammarbeitskräften und 390 Ausbildungsplätzen ergibt sich eine dennoch beachtliche Größenordnung. Die Reduzierung erwies sich letztlich als glückliche Fügung, denn in die noch freien Räumlichkeiten hielt mit einem Teil der Beamtenfachhochschule der Polizei eine hochrangige Bildungseinrichtung Einzug. Kennzeichnend für den Neubeginn und die entstandene Aufbruchstimmung in Sulzbach-Rosenberg ist weiterhin, daß in anderen Bereichen der Stadtentwicklungsplanung beträchtliche Anstrengungen unternommen wurden, um die Attraktivität der Stadt im Hinblick auf den Wohn- und Freizeitwert sowie ihre Stellung als zentraler Einkaufsort zu verbessern.

3.3 Zwischenbilanz

Die nach dem Konkurs der Maxhütte ergriffenen Maßnahmen belegen, daß es in der Krisensituation unseres Fallbeispiels vielfältige Mittel und Wege der Gegensteuerung gibt, die zu Hoffnungen auf eine erfolgreiche Umstrukturierung berechtigen. Wenn

auch die vom Niedergang der Hütte hervorgerufenen Arbeitsplatzverluste noch nicht vollständig ausgeglichen werden konnten, so ist auf jeden Fall eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur erreicht worden. Soziale Härten versprechen durch den Fortbestand der Maxhütte und durch finanzielle Regelungen hinreichend begrenzt zu werden. Mißt man die Veränderungen an Indikatoren der Raumentwicklung, so ergibt sich – für Krisenregionen ganz ungewöhnlich – seit dem Konkurs ein Einwohnerzuwachs und eine beständig positive Wanderungsbilanz, die u. a. auf den Zuzug von Arbeitskräften der neuangesiedelten Betriebe zurückzuführen ist. Auf hohem Niveau hält sich allerdings die Arbeitslosenquote, die im September 1990 mit 10,4% weit über dem Landesdurchschnitt von 4,4% lag.

Ordnet man die ergriffenen Maßnahmen in analytische Kategorien ein, so kann man von einer *vermittelnden Strategie zwischen Strukturhaltung und regionaler Umstrukturierung* sprechen. Verknüpft werden Vorzüge beider Konzepte: die krisendämpfenden Elemente der Erhaltungsstrategien mit den zukunftsorientierten Elementen neuer regionaler Strukturen. Diese Verbindung erscheint auch deshalb vorteilhaft, weil die Erhaltung der verkleinerten Maxhütte, wenn man den Expertisen eingeschalteter Unternehmensberater vertraut, zumindest auf mittelfristige Sicht ökonomisch tragfähig zu sein verspricht. Das Risiko einer späteren Totalstillegung der Hütte ist freilich nicht von der Hand zu weisen. Als Zahlmeister der Krisenbewältigung fungiert hauptsächlich der Freistaat Bayern. Einschließlich der Finanzhilfen vor dem Konkurs seit Anfang der 80er Jahre werden allein die bisherigen und absehbaren Aufwendungen des Freistaats für die Erhaltung der Maxhütte mit rund 500 Millionen DM beziffert.

Wenngleich entscheidende Schritte zur Krisenbewältigung von exogenen Entscheidungsträgern verantwortet und finanziert wurden, darf auf keinen Fall verkannt werden, daß die primären Triebkräfte des Krisenmanagements im tatkräftigen Engagement endogener Kräfte zu finden sind. So ist davon auszugehen, daß die Auffanglösung für die Maxhütte ohne begleitende Einflußnahmen, Forderungen und Proteste aus dem lokalen und regionalen Bereich keineswegs im letztlich erreichten Umfang realisiert worden wäre. Bei anderen Maßnahmen waren – wie beschrieben – endogene Initiativen und Vorleistungen grundlegende Voraussetzungen, um staatliche Hilfsangebote und Fördermöglichkeiten erst in Wert setzen zu können.

Verallgemeinernd läßt sich die These ableiten, daß – staatliche Unterstützungsbereitschaft vorausgesetzt –

die Chancen für einen erfolgreichen Neubeginn entscheidend von zielgerichteten Initiativen im endogenen Bereich abhängen. Elemente von Konzepten, die unter dem Schlagwort „endogene Regionalentwicklung“ diskutiert werden, besitzen in diesem Sinn einen zentralen Platz in Strategien zur Bewältigung regionaler Strukturkrisen.

4 Handlungssituationen von krisenbetroffenen Arbeitnehmern, Handlungschancen und Reaktionen

Die Darstellung der Maßnahmen zur Krisenbewältigung zeichnet ein zunächst eher grobes Bild der Entwicklungen. Die bisherigen Erkenntnisse lassen insbesondere kaum detaillierte Aussagen darüber zu, wie angemessen die Maßnahmen tatsächlich sind, um Problemlagen von Betroffenen der Krise zu entschärfen und individuelle Handlungschancen in der Region zu verbessern. In dieser spezifischen Perspektive soll die folgende Auseinandersetzung mit Problemlagen und Handlungssituationen von krisenbetroffenen Arbeitnehmern und Gewerbetreibenden die Analyse vertiefen. Als krisenbetroffene Arbeitnehmer seien Personen verstanden, die infolge des Niedergangs der Maxhütte spürbare Einschnitte in ihrer Erwerbssituation erleiden mußten. In erster Linie sind das unmittelbar Betroffene aus der Belegschaft der Hütte. Weiterhin ist an Formen mittelbarer Betroffenheit zu denken, einerseits in Betrieben, auf die die krisenhafte Entwicklung übergegriffen hat, andererseits unter arbeitssuchenden Personen angesichts des Wegfalls von Neueinstellungen bei der Maxhütte.

4.1 Belegschaftsmitglieder der Maxhütte

Der Kreis der Krisenbetroffenen aus der Belegschaft der Maxhütte umfaßt nahezu ein Viertel aller Erwerbspersonen in Sulzbach-Rosenberg (s. Tab. 1). Anders als zu erwarten, hat diese breite Betroffenheit jedoch zu keiner erheblichen Steigerung der Arbeitsplatznachfrage auf dem heimischen Arbeitsmarkt geführt. Nur ein ausgesprochen geringer Teil der betroffenen Arbeitnehmer hat auf die krisenbedingten Veränderungen mit der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz reagiert (s. Abb. 4). Solche überraschenden Feststellungen und Handlungsweisen werden nach einer Analyse der Handlungssituationen der Betroffenen einsichtig.

Zum besseren Verständnis erscheint vorab die Anmerkung wichtig, daß die Arbeitsplätze bei der Maxhütte traditionell nicht nur ein quantitativ be-

Tabelle 1: Krisenbetroffene Erwerbspersonen aus der Belegschaft der Maxhütte unter den Erwerbspersonen in Sulzbach-Rosenberg (April 1989)

Crisis-involved working population out of the staff of Maxhütte among the working population of Sulzbach-Rosenberg (April 1989)

Betroffenengruppen	Anzahl	Anteil an allen Erwerbspersonen (%) (n = 748)
Arbeitslos gemeldete ehemalige Maxhüttler (davon rd. 90% Altsozialpläner)	40	5,3
Noch beschäftigte Maxhüttler, die im Zuge des weiteren Arbeitsplatzabbaus ausscheiden (davon rd. 80% Neusozialpläner)	56	7,5
Weiterhin beschäftigte Maxhüttler, die ihren Arbeitsplatz als „nicht besonders sicher“ einschätzen	48	6,4
Wieder erwerbstätige ehemalige Maxhüttler	30	4,0
Summe	174	23,3

Quelle: eigene Erhebung

deutendes, sondern auch ein qualitativ hervorgehobenes Arbeitsmarktsegment darstellten, das die typischen Merkmale eines „betriebsinternen Arbeitsmarkts“ im Sinne des Segmentationsansatzes von LUTZ u. SENGENBERGER (1974) aufwies. Belegschaftsmitglieder genießen in solchen Systemen Vorzüge gegenüber dem externen Arbeitsmarkt, die im Fall der Maxhütte u. a. in einem überdurchschnittlichen Lohnniveau und vor allem in einer impliziten Arbeitsplatzgarantie bestanden haben. Im äußersten Fall mußten ältere Arbeitnehmer beim Abbau von Arbeitsplätzen über Sozialpläne solide abgesichert ausscheiden. Solche Vorzüge und der Geist der „corporate identity“ vermittelten den Maxhüttlern ein hohes Sozialprestige, das auch bei Sozialplänern fortbesteht.

Ausprägungen der Krisenbetroffenheit sowie Handlungschancen und Reaktionen in den krisenbedingt veränderten Handlungssituationen lassen sich in folgenden typischen Verhältnissen charakterisieren (vgl. Tab. 1 und Abb. 4):

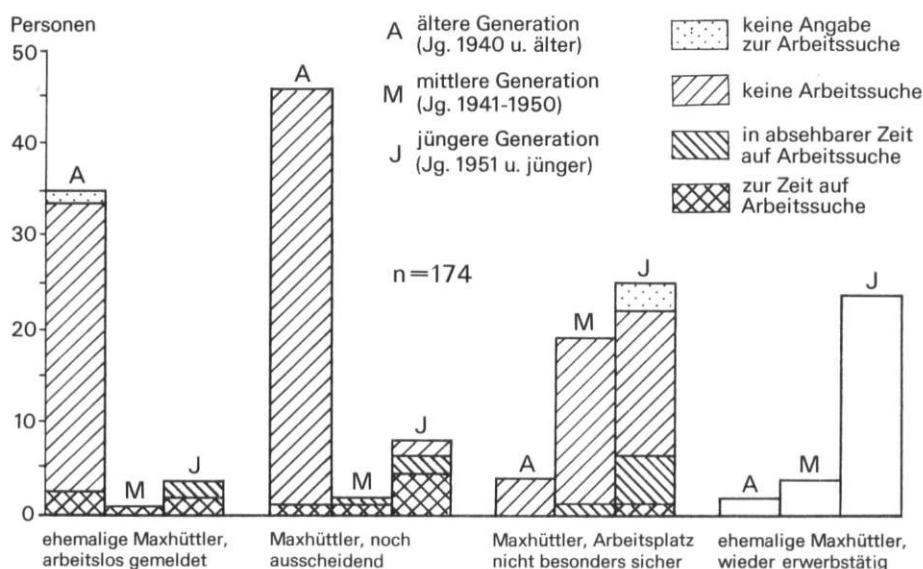
- Typische Gruppen von Betroffenen stellen die *Alt- und Neusozialpläner* der Maxhütte dar (vgl. Abschn. 3.1), die rund 11% aller Erwerbspersonen in Sulzbach-Rosenberg umfassen.

Alter, unzureichende bzw. ungeeignete berufliche Qualifikationen, schon länger anhaltende Arbeitslosigkeit bei Altsozialplänern sowie manche Vorbehalte im örtlichen Gewerbe gegenüber Maxhüttlern begrenzen die Vermittlungschancen der Sozialpläner auf dem Arbeitsmarkt. Als spezifische Problematik kommt hinzu, daß die materielle Absicherung über

Sozialpläne angesichts des hohen Lohnniveaus bei der Maxhütte kaum ungünstiger ausfällt als die Verdienstaussichten im Fall der Wiedererwerbstätigkeit.

Es sind jedoch nicht nur solche objektiven Faktoren, die einer Arbeitssuche entgegenstehen. Gleichermaßen bedeutsam erscheint – wie in Leitfadengesprächen deutlich wurde – die subjektive gruppenkonforme Grundhaltung, daß es eigentlich selbstverständlich und normal sei, als Sozialpläner *keinen* neuen Arbeitsplatz mehr zu suchen. Eine solche Grundhaltung findet ihre Begründung zum einen darin, daß es kaum als Makel empfunden wird, als Sozialpläner arbeitslos zu sein. Ein hervorgehobener sozialer Status bleibt erhalten. Der Solidareffekt, Opfer einer Massenentlassung zu sein, schützt vor Schuldgefühlen und Diskriminierungen. Zum anderen sind finanzielle Einschränkungen dank der Sozialplanleistungen nur in engen Grenzen erforderlich. Als vorteilhaft erweist sich vielfach die typische Wohnsituation dieses Personenkreises in Eigenheimen, die weitgehend entschuldet sind und günstige Wohnkosten gewährleisten (vgl. ähnliche Ergebnisse bei HÄUSSERMANN u. a. 1987, S. 578 ff.). Probleme psycho-sozialer Art, die bei anhaltender Arbeitslosigkeit als Konsequenz von materieller Einschränkung und sozialer Diskriminierung verbreitet beobachtet werden (vgl. BRINKMANN 1984, S. 464), treten infolgedessen im allgemeinen nicht auf.

Alles in allem wird verständlich, daß Sozialpläner im weiteren Arbeitslosendasein bis zum Ruhestand eine gesicherte und akzeptable Lebensperspektive sehen, die sie einer Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit subjektiv vorziehen.



Quelle: Haushaltsbefragung April 1989 Entw.: R. Wießner 1990

Abb. 4: Altersstruktur nach Betroffenenengruppen und Arbeitssuche
Age-classes of crisis-involved groups and job search

- Arbeitnehmer der *mittleren Generation* (Jahrgänge 1941 bis 1950) werden überwiegend, Arbeitskräfte aus *jüngeren Jahrgängen* teilweise bei der Maxhütte weiterbeschäftigt. Als krisenbetroffen seien hierunter solche Belegschaftsmitglieder eingestuft, die ihren *Arbeitsplatz* bei der Maxhütte für *nicht besonders sicher* halten - ganz im Gegensatz zur vermeintlich hohen Arbeitsplatzsicherheit in früheren Jahren (rund 6% aller Erwerbspersonen).

Derart betroffene Arbeitnehmer ziehen es trotzdem vor, weiterhin bei der Maxhütte beschäftigt zu bleiben. Angehörige der mittleren Generation begründen das ebenfalls mit ungünstigen Chancen auf dem externen Arbeitsmarkt. In ihrer Situation besteht und überwiegt die Erwartung, daß die Maxhütte zumindest noch so lange fortbestehen wird, bis sie aus Altersgründen oder über einen erneuten Sozialplan ausscheiden können. Für die jüngeren Jahrgänge spielen die nach wie vor guten Verdienstmöglichkeiten eine wesentliche Rolle, den Arbeitsplatz beizubehalten. Die Handlungsziele sind dabei eher mittelfristig ausgerichtet, das Risiko, den Arbeitsplatz nach einigen Jahren zu verlieren, wird bewußt und etwas fatalistisch einkalkuliert.

- Ein anderer Teil v. a. der *jüngeren Generation* hat die Maxhütte ohne langfristige Absicherung über einen Sozialplan verlassen, vielfach auf eigene Initiative hin (rund 4% aller Erwerbspersonen).

Diese häufig besonders qualifizierten Arbeitskräfte können in aller Regel wieder zufriedenstellend im Berufsleben Fuß fassen. Ein Abgleiten in labile Beschäftigungsverhältnisse, wie das ROTH u. WALTER (1988, S. 133) als häufige Konsequenz einer Massenentlassung feststellen, kann nicht beobachtet werden. Die Personen wurden allerdings in ihrer Mehrheit zu Pendlern, häufig mit der Begründung, daß der Sulzbach-Rosenberger Arbeitsmarkt keine geeigneten Alternativen biete, insbesondere im Hinblick auf Verdienstchancen. Die Möglichkeit des Pendelns wird durch die bessere Arbeitsmarktlage im Nürnberger Verdichtungsraum begünstigt, der in etwa einstündiger Fahrzeit zu erreichen ist und in dem fast jeder dritte wieder erwerbstätige ehemalige Maxhüttler seine neue Arbeitsstelle gefunden hat.

Die ursprünglich befürchteten Probleme der Massenarbeitslosigkeit und damit verbundene soziale Konflikte sind also so gut wie ausgeblieben. Wesentlich ist das der für die Maxhütte gefundenen Auffanglösung zu verdanken, vorrangig den relativ sozialverantwortlichen Prinzipien beim Arbeitsplatzabbau. Für alle Gruppen der betroffenen Maxhüttler lassen die Ergebnisse recht zufriedenstellende Lebensperspektiven erkennen. Relativ am ungünstigsten erscheint dabei unter dem Aspekt der Zukunftssicherheit die Situation jener, die das vermeintliche Glück hatten, ihren Arbeitsplatz bei der Maxhütte zu behalten.

4.2 Arbeitssuchende

Als Gruppierung, die zumindest zum Teil als mittelbar krisenbetroffen anzusehen ist, seien *Arbeitssuchende* näher betrachtet, d. h. Personen, die in der Befragung angegeben haben, konkret oder in absehbarer Zeit auf Arbeitsuche zu gehen. Die Ausführungen beschränken sich auf die dominierenden jüngeren Jahrgänge (1951 und jünger). Das Interesse richtet sich besonders auf die Frage, wie einerseits der Wegfall von Neueinstellungen bei der Maxhütte und andererseits die Neuschaffung von Arbeitsplätzen die Erwerbchancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt verändert haben.

Auf Fragen nach außerregionalen Orientierungen bei der Arbeitsuche bekunden 52% von 105 erfaßten Befragten die prinzipielle Bereitschaft, auch einen Arbeitsplatz außerhalb der Heimatregion anzunehmen, 44% wären bereit, aus beruflichen Gründen aus dem Raum Sulzbach-Rosenberg wegzuziehen. In extremem Maße werden potentiell auswärtige Orientierungen von Personen genannt, die noch im Haushalt der Eltern wohnen, also von den jüngsten und in ihrer Lebensplanung unabhängigsten Arbeitssuchenden. Sie geben zu rund 90% eine beruflich motivierte Wegzugsbereitschaft an (s. Abb. 5).

Daß die hypothetische Bejahung der Wegzugsbereitschaft durchaus realitätsbezogene Perspektiven aufweist, wird in Leitfadengesprächen deutlich: Die Chancen, im Heimatraum einen geeigneten Arbeits-

platz zu finden, werden im Hinblick auf Tätigkeitsbereiche und Einkommensmöglichkeiten überwiegend als gering angesehen. Für einen Teil der Befragten, bei weitem aber nicht für alle, wäre eine Beschäftigung bei der Maxhütte unter den Vorzeichen früherer Verhältnisse allerdings eine mögliche Alternative gewesen. Abzusehen ist damit eine erhebliche reale Orientierung auf außerregionale Arbeitsmärkte, verbunden mit der Gefahr einer selektiven Abwanderung qualifizierter Potentiale aus der nachwachsenden Generation, Tendenzen, die durch den Niedergang der Maxhütte wohl verstärkt, gewiß aber nicht primär hervorgerufen werden.

Diese Ergebnisse lassen ebenso wie die konkreten Arbeitsortentscheidungen der wieder erwerbstätigen ehemaligen Maxhüttler qualitative Defizite auf dem heimischen Arbeitsmarkt außerhalb der Maxhütte erkennen. Gleichzeitig werfen sie ein relativierendes Licht auf die Gewerbeneuansiedlungen in Sulzbach-Rosenberg, die offensichtlich weder die qualitativen Defizite entscheidend mindern, noch einen adäquaten Ersatz für die weggefallenen Arbeitsplätze der Maxhütte bieten können. Mehr noch als die alteingesessenen Betriebe rekrutieren die neuen ihre Belegschaft mit durchschnittlich nahezu 50% aus Anlernkräften. Die befragten Arbeitssuchenden verfügen dagegen fast ausnahmslos über eine berufliche Ausbildung. Gegenüber den Maxhütte-Arbeitsplätzen, für die ebenfalls nur in begrenztem Maße berufliche Qualifikationsanforderungen bestanden, können die neuen

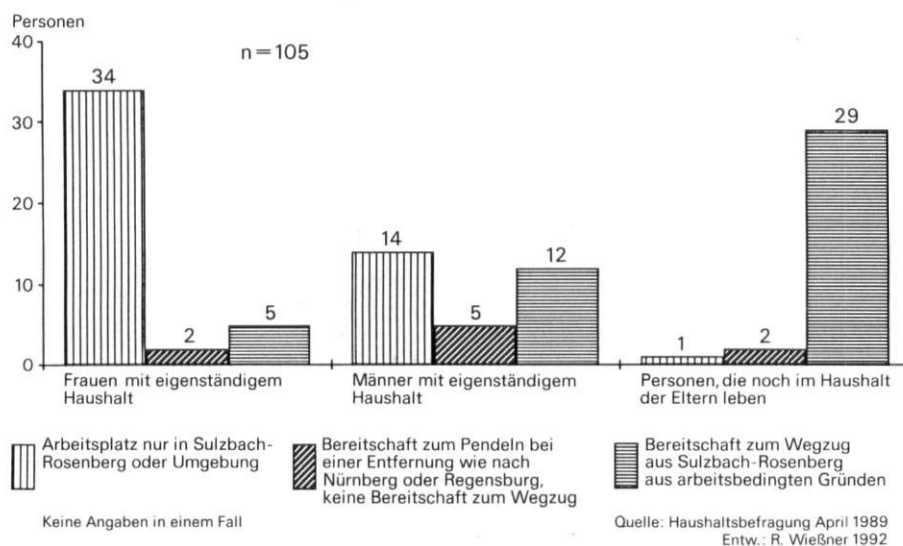


Abb. 5: Potentielle Arbeitsorientierungen und Mobilitätsbereitschaft bei jüngeren Arbeitssuchenden (Jahrgänge 1951 und jünger)

Potential orientations for place of work and readiness to move away among younger job-searchers (age-class 1951 and younger)

Tabelle 2: Typisierung der krisenbetroffenen Betriebe nach der Umsatzentwicklung in den Jahren 1987 und 1988

Classification of crisis-involved businesses by the development of turnover in the years 1987 und 1988

Betriebs- entwicklungstyp	Definition	kleinere Betriebe		größere Betriebe
		abs.	%	abs.
Instabil	Umsatzentwicklung 1987 und 1988 negativ	26	41	1
Stabilisiert	Umsatzentwicklung 1987 negativ, 1988 gleichbleibend oder positiv	13	20	2
Stabil	Umsatzentwicklung 1987 und 1988 gleichbleibend oder positiv	19	30	9
Destabilisiert	Umsatzentwicklung 1987 gleichbleibend oder positiv, 1988 negativ	6	9	2
Betriebe mit Angaben		64	100	14
Unzureichende Angaben zur Umsatzentwicklung		11		1
Summe (betroffene Betriebe)		75		15
Zum Vergleich: übrige Betriebe		61		24

Basis: alle erfaßten Betriebe, die 1986 bereits bestanden haben; Quelle: eigene Erhebung

Arbeitsplätze im Hinblick auf Lohnniveau, Sozialprestige und andere Vorzüge einem Vergleich im allgemeinen nicht standhalten.

Insgesamt wird durch die Analyse von Handlungssituationen Krisenbetroffener deutlich, daß sich die in Abschnitt 3.3 angesprochenen statistischen Indikatoren nur bedingt eignen, aktuelle Raumentwicklungsprobleme zu identifizieren. Die hohen Arbeitslosenquoten überschätzen die soziale Problematik bei weitem. Die positive Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbilanz verschleiern die Problematik des selektiven Abzugs qualifizierter Potentiale.

5 Krisenbetroffenheit des örtlichen Gewerbes

Trotz der Erfolge in der Stabilisierung der Handlungssituationen von krisenbetroffenen Arbeitnehmern blieben der real vorhandene Kaufkraftausfall bei Teilen der Bevölkerung, zurückhaltendere finanzielle Dispositionen sowie ein Rückgang der Auftragsvergaben durch die Maxhütte nicht ohne negative Folgen für das lokale Gewerbe. Unter den 175 in der Gewerbeerhebung erfaßten, bereits vor dem Konkurs existierenden Betrieben waren 90 zumindest vorübergehend spürbar negativ betroffen, davon 83 aufgrund eines krisenbedingten Rückgangs in der privaten Nachfrage und lediglich 14 wegen rückläufiger Aufträge der Maxhütte⁵⁾. Von Krisenfol-

gen beeinträchtigt wurden in erster Linie kleinere Betriebe:

- So rechnen 75 (55%) der 136 kleineren Firmen zu den betroffenen, v. a. im Bereich des Einzelhandels und der privatkundenorientierten Dienstleistungen. 61% der betroffenen kleineren Betriebe hatten einen Umsatzrückgang im Konkursjahr 1987 zu verzeichnen, 41% einen anhaltend instabilen Verlauf mit weiterhin sinkenden Umsätzen im Folgejahr (s. Tab. 2).
- Demgegenüber können unter den 39 größeren Betrieben lediglich 15 (38%) als krisenbetroffen eingestuft werden. Umsatzrückgänge treten nur in Ausnahmefällen auf.

Doch auch in bezug auf kleinere Betriebe stehen die negativen Auswirkungen in keinem Verhältnis zu ursprünglichen Befürchtungen, die weite Teile des lokalen Gewerbes ums Überleben bangen ließen. Immerhin wurde knapp die Hälfte der kleineren Firmen von Krisenfolgen nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt. Unter den krisenbetroffenen kleineren Betrieben kann wiederum jeder zweite seine

⁵⁾ Die Einstufung als „(spürbar) krisenbetroffen“ erfolgte anhand verschiedener Angaben über Art, vermutete Gründe sowie zeitlichen Beginn von Nachfragerückgängen bzw. Auftragsausfällen (vgl. im Detail WIESSNER 1991, S. 176 u. 187).

Umsätze stabil halten oder im Jahr 1988 wieder stabilisieren (s. Tab. 2). In den betroffenen Betrieben mit instabiler Umsatzentwicklung beurteilt schließlich die Hälfte der Befragten die Auswirkungen der Krise als „tragbar“. Unter den wenigen verbleibenden Firmen, die einen instabilen Umsatzverlauf aufweisen und bei denen die krisenbedingten Folgen gleichzeitig als „erheblich“ oder gar „existenzbedrohend“ eingeschätzt werden, befinden sich mehrheitlich solche, die aufgrund unzureichender Anpassung an allgemeine Marktstrukturen und Nachfrageverhältnisse wohl auch unter „normalen“ Bedingungen mittelfristig in ihrer Existenz gefährdet gewesen wären. Zum Teil hatten die Inhaber ohnehin die baldige Geschäftsaufgabe aus Altersgründen vorgesehen.

Begünstigt wurde die Ertragslage im örtlichen Gewerbe einerseits durch Maßnahmen des Krisenmanagements: durch den Fortbestand der Maxhütte und die Begrenzung von materiellen Einbußen bei Sozialplänen, aber auch infolge der Neuansiedlung von Betrieben und Behörden, die als neue Auftraggeber für Impulse sorgen und über den Zuzug von Arbeitskräften auch eine Stärkung der privaten Nachfrage induzieren. Eine Stabilisierung resultiert andererseits aus zielgerichteten unternehmerischen Reaktionen. Gut zu belegen ist das für einige Firmen, die Auftragsrückgänge seitens der Maxhütte durch Anwerbung neuer gewerblicher Kunden kompensieren konnten.

Insgesamt lassen die Ergebnisse für den überwiegenden Teil des örtlichen Gewerbes in Sulzbach-Rosenberg eine (*wiedergewonnene*) *Stabilität* erkennen. Verständlich wird dadurch, daß die Arbeitsmarktkatastrophe bei der Maxhütte praktisch nicht auf den externen Arbeitsmarkt übergegriffen hat. Entlassungen im lokalen Gewerbe als mittelbare Folge der Maxhütten-Krise wurden lediglich in fünf Einzelfällen registriert.

6 *Schlußfolgerungen*

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in Sulzbach-Rosenberg der befürchtete Prozeß einer fortschreitenden Destabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen als Folge des Konkurses der Maxhütte weitgehend ausgeblieben ist. Maßnahmen des Krisenmanagements und eigenständige Initiativen führten statt dessen zu beachtlichen Erfolgen, die – wie die Analyse von Handlungssituationen krisenbetroffener nachdrücklich gezeigt hat – vor allem auf folgenden Gebieten liegen: in der sozialen und materiellen Stabilisierung der Lebensverhältnisse

krisenbetroffener Arbeitnehmer, in der Tendenz zur quantitativen Stabilisierung und Diversifizierung des Arbeitsmarkts, in der Stabilisierung der Ertragslage im örtlichen Gewerbe sowie in der quantitativen Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung.

Gewiß ist der Strukturwandel in Sulzbach-Rosenberg noch nicht in jeder Hinsicht zufriedenstellend vollzogen, wenn man etwa an Defizite im Bereich qualifizierter Arbeitsplätze und die damit verbundene Problematik des selektiven Abzugs von Qualifiziertenpotentialen denkt. Hinzu kommt das latente Risiko einer möglichen völligen Stilllegung der Maxhütte. Es ist aber zu hoffen, daß die in der Krisensituation entstandene Aufbruchstimmung weiterhin Kräfte freisetzen kann, die noch anstehenden Zukunftsaufgaben erfolgversprechend anzugehen. In diesem Sinn wäre der Niedergang der Maxhütte letztlich weniger als Katastrophe zu begreifen, er kann sich vielmehr als Glücksfall für Stadt und Region und deren zukünftige Entwicklung erweisen.

Die Art und Weise der Krisenbewältigung kann insgesamt durchaus als gelungenes Beispiel dafür angesehen werden, wie regionale Strukturkrisen mit guter Aussicht auf Erfolg bewältigt werden können. Freilich bedeutet das noch keineswegs, daß die ergriffenen Strategien ohne weiteres auf andere Krisenregionen übertragen werden können. Industrielle Krisenregionen stehen zwar vor relativ vergleichbaren Problemen, die Möglichkeiten zur Umsetzung krisenbewältigender Maßnahmen und deren Erfolgsaussichten werden aber maßgeblich auch durch zeit- und regionalspezifisch modifizierte Rahmenbedingungen relativiert, z. B. durch konjunkturelle Entwicklungen, die politische Handlungsbereitschaft und finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates, Wechselwirkungen mit benachbarten Arbeitsmarkregionen sowie regionsintern durch Chancen, krisenbetroffene Unternehmen (steile) in ökonomisch vertretbarer Weise zu sanieren, die Effizienz lokaler und regionaler Entscheidungsstrukturen, das Ausmaß entwicklungshemmender Faktoren in der Region usw. Im Hinblick auf einen Vergleich des überschaubaren kleinräumigen Fallbeispiels im ländlichen Raum mit Krisenregionen in Verdichtungsräumen wird ferner die quantitative Dimension der Krisensituation die Möglichkeiten der Krisenbewältigung entscheidend beeinflussen. In bezug auf die genannten Faktoren war die Entwicklung in Sulzbach-Rosenberg – wie dargelegt – von begünstigenden Umständen begleitet. Es liegt auf der Hand, daß die Ausgangsposition vieler anderer Krisenregionen bezüglich der Ausprägung solcher Rahmenbedingungen ungünstiger ausfällt und die Chancen zur

Krisenbewältigung durch entsprechende Engpaßfaktoren eingeschränkt werden.

Dennoch erlauben es die Erkenntnisse der Fallstudie, Strategieelemente und Zielsysteme zu identifizieren, die prinzipiell besonders geeignet erscheinen, zur Lösung regionaler Strukturkrisen beizutragen. Zu ihnen zählen:

- die entscheidende Bedeutung der Initiative und der Mobilisierung endogener Kräfte;
- das Primat der regionalen Umstrukturierung, die den Niedergang von Krisenbranchen in Kauf nimmt, gegenüber primär auf Erhaltung orientierten Zielsetzungen; Erhaltungsbemühungen sollten allerdings auf jene krisenbetroffenen Potentiale konzentriert werden, die in ökonomisch tragfähiger Weise sanierbar sind bzw. die der regionalen Neustrukturierung positive Impulse geben können;
- die soziale und materielle Absicherung von Problemgruppen unter den Krisenbetroffenen, die kaum Chancen besitzen, entstandene Nachteile aus eigener Kraft zu kompensieren;
- die Flankierung der Krisenbewältigung durch Transferleistungen staatlicher Institutionen bei Maßnahmen, die allein auf endogene Ressourcen gestützt nicht realisiert werden können.

Finanzielle Interventionen des Staates werfen dabei Fragen nach ihrer Verhältnismäßigkeit und Rechtfertigung auf. Eine solche Beurteilung kann sicherlich nicht wertfrei, sondern letztlich nur auf der Basis politischer Maßstäbe vorgenommen werden. Begreift man eine Stabilisierung der regionalen Entwicklung als regionalpolitisch erwünschtes Ziel und als Maßstab, so erscheinen staatliche Interventionen jedenfalls dann vertretbar und geboten, wenn sie – wie in unserem Fallbeispiel – unabdingbar notwendig sind, um ernsthafte Gefahren einer regionalen Destabilisierung abzuwenden, und wenn dadurch im Zusammenwirken mit endogenen Kräften regionale Strukturen geschaffen werden können, die auf absehbare Zeit aus sich selbst heraus tragfähig zu sein versprechen.

Nachtrag

Zwischenzeitlich, nach Abschluß des Manuskripts, ist die Maxhütte wieder in die Schlagzeilen geraten. Vier der fünf großindustriellen Gesellschafter wollen angesichts der ungünstigen Konjunktur auf dem Stahlmarkt ihr Engagement bei der Maxhütte beenden. Der Freistaat Bayern als größter Anteilseigner sieht sich wiederum gefordert, den

Fortbestand der Hütte zu gewährleisten. Spekulationen über eine endgültige Stilllegung der Maxhütte dürften sich insofern wohl nicht bewahrheiten, mit einem erneuten Belegschaftsabbau kann aber gerechnet werden (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16./17.4., 11.5. u. 26.5.92). Es bleibt abzuwarten, ob die oben geäußerten optimistischen Zukunftserwartungen für das Unternehmen und für die Region in Kürze relativiert werden müssen.

Literatur

- ARING, J. u. a.: Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung. Wahrnehmungsgeogr. Studien z. Regionalentw. 8. Oldenburg 1989.
- BRINKMANN, C.: Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. In: Mitt. a. d. Arbeitsmarkt- u. Berufsforschung 17, 1984, S. 454–473.
- BRONNY, H. M.: Das Ruhrgebiet ist besser als sein Ruf. In: Geogr. heute 62, 1988, S. 4–11.
- BUTZIN, B.: Strukturwandel im Ruhrgebiet? Zum Entstehungs- und Wirkungszusammenhang der Krise. In: KÖHLER, E. u. WEIN, N. (Hrsg.): Natur- und Kulturräume. Münstersche Geogr. Arb. 27. Paderborn 1987, S. 301–314 [= 1987a].
- : Zur These eines regionalen Lebenszyklus im Ruhrgebiet. In: MAYR, A. u. WEBER, P. (Hrsg.): 100 Jahre Geographie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (1885–1985). Münstersche Geogr. Arb. 26. Paderborn 1987, S. 191–210 [= 1987b].
- : Regionaler Entwicklungszyklus und Strukturwandel im Ruhrgebiet. Ansätze zur strukturellen Erneuerung? In: Z. f. Wirtschaftsgeogr. 34, 1990, S. 208–217.
- DIETERICH-BUCHWALD, B. u. a.: Erneuerung einer alten Industriestadt. Glasgow's miles better. Schriftenr. „Forschung“ des Bundesmin. f. Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau 454. Bonn 1988.
- DIETZ, F.: Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt. In: Mitt. a. d. Arbeitsmarkt- u. Berufsforschung 21, 1988, S. 115–152.
- GANSER, K.: Erneuerung von Gewerbegebieten. In: Stadtbauwelt 94, 1988, S. 2128–2130.
- HÄUSSERMANN, H. u. a.: Arbeitslosigkeit und Wohneigentum. In: Inf. z. Raum- u. Stadtentw. 1987, S. 577–582.
- HETTERICH, R.: Die jüngere Entwicklung von Sulzbach-Rosenberg. Staatsexamensarbeit Geogr. Inst. d. Univ. Regensburg 1978.
- KERN, H. u. SCHUMANN, M.: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung. München 1984.
- LUTZ, B. u. SENGENBERGER, W.: Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik. Schriftenr. d. Komm. f. wirtsch. u. sozialen Wandel 26. Göttingen 1974.
- MAYR, A.: Jüngste sozioökonomische Wandlungen im Ruhrgebiet und raumplanerische Entwicklungsstrate-

- gien. In: Der Raum Dortmund. Spieker 32. Münster 1988, S. 87-106.
- MYRDAL, G.: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart 1974.
- REITEL, F.: Die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie im Saar-Lor-Lux-Raum. In: Geogr. Rundschau 41, 1989, S. 555-565.
- ROTH, B. u. WALTHER, U.-J.: Betriebsstillegung in einer Krisenregion. Die Folgen der AG-Weser-Schließung für den Regionalen Arbeitsmarkt Bremen. In: STRUBELT, W. u. FRACKIEWICZ, L. (Hrsg.): Soziale Probleme von Industriestädten. Seminare, Symposien, Arbeitspapiere 29. Bonn 1988, S. 126-147.
- WEBER, H.-U.: Industrial Change on the Saar based on innovation and information. In: HOTTES, K. u. a. (Hrsg.): Technology and Industrial Change in Europe. Bochum 1986, S. 77-89.
- WIELAND, K.: Regionale Krisenentwicklung in den Wirtschaftsräumen Hamburg und Ruhrgebiet, traditionelle Überwindungsstrategien und alternative Lösungsansätze. Frankfurt u. a. 1990.
- WIENERT, H.: Nachfrageschwäche und Staatsintervention. Zur Entwicklung der Stahlkrise seit 1975. In: WIENERT, H. (Hrsg.): Stahlkrise. Ist der Staat gefordert? Schriftenr. d. Rheinisch-Westfälischen Inst. f. Wirtschaftsforsch. 45. Berlin 1985.
- WIESSNER, R.: Raumentwicklung im Zeichen einer Arbeitsmarktkatastrophe im ländlichen Raum. Krisenfolgen und Krisenbewältigung nach dem Konkurs der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg (Oberpfalz). Münchener Geogr. Hefte 66. Kallmünz 1991.
- WILD, T. u. SPOONER, D.: De-Industrialisierung und Neuindustrialisierung im nördlichen England. In: Geogr. Rundschau 43, 1991, S. 44-50.